

Haushaltskreislauf / Gliederung des städtischen Haushalts



Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsgrundlagen kommunaler Haushaltswirtschaft
2. Haushaltskreislauf
 1. Haushaltsplanung / Gliederung des Haushaltsplanes
 2. Vollzug / Bewirtschaftung Haushalt

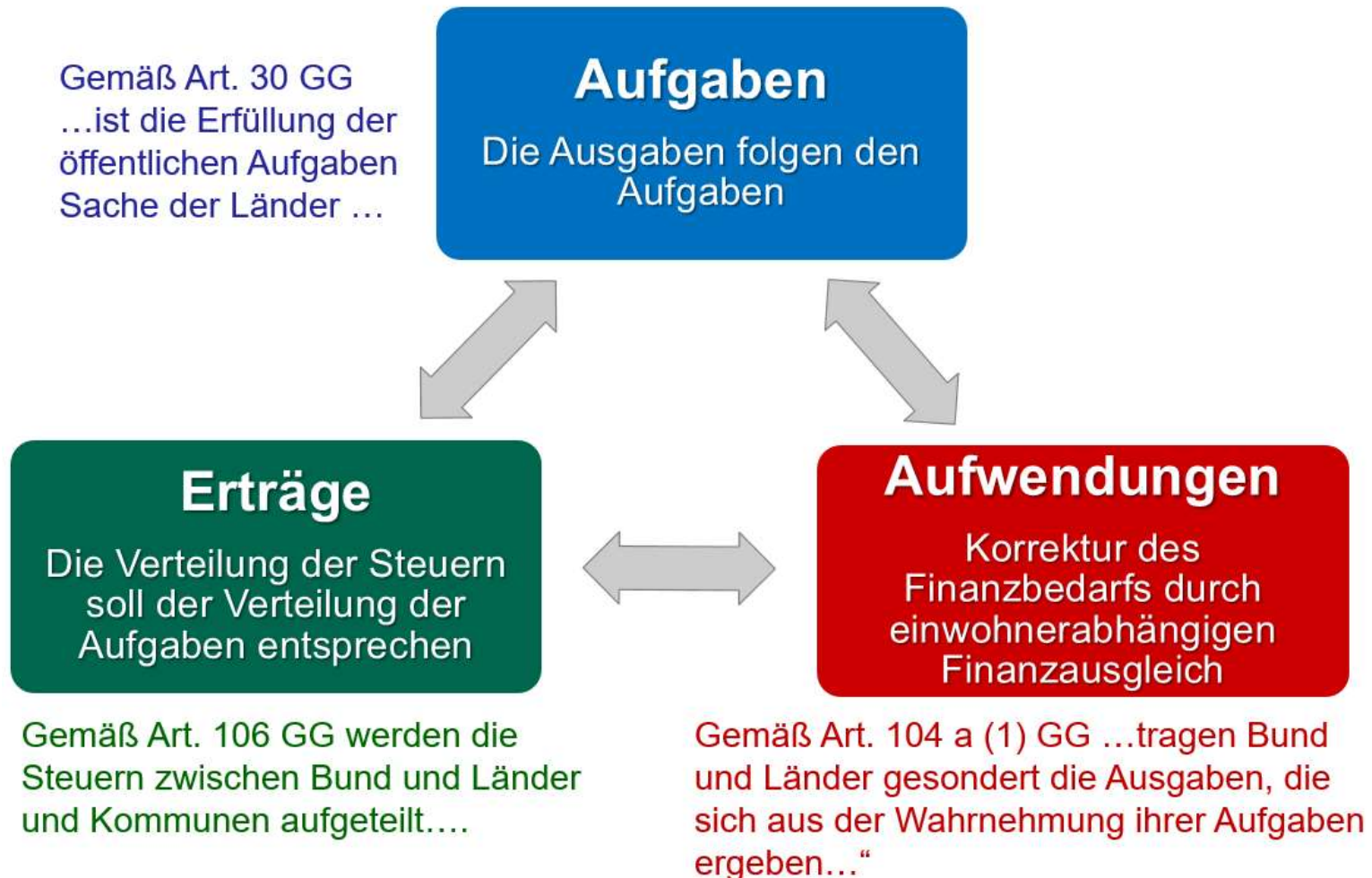
1. Rechtsgrundlagen kommunaler Haushaltswirtschaft



1.1 Rechtsgrundlagen der kommunalen Haushaltswirtschaft

Grundgesetz	➔	Selbstverwaltungsgarantie Artikel 28 GG Finanzverfassung Artikel 104 a ff. GG
Bundesgesetze	➔	Gewerbsteuergesetz Grundsteuergesetz Stabilitätsgesetz Gemeindefinanzreformgesetz Haushaltsgrundsätzegesetz Abgabenordnung
Landesverfassung	➔	Landesverfassung BW Artikel 71 ff. LV
Landesgesetze	➔	Gemeindeordnung §§ 77 ff. GemO Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts Landkreisordnung Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit Kommunalabgabengesetz Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich Eigenbetriebsgesetz
Rechtsverordnungen	➔	Gemeindehaushaltsverordnung Gemeindekassenverordnung Eigenbetriebsverordnung
Verwaltungsvorschriften	➔	Durchführungsverordnung zur Gemeindeordnung Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen
Gemeindesatzungen	➔	Hauptsatzung Diverse Steuer-, Beitrags- und Gebührensatzungen

1.2 Kompetenzaufteilung und Finanzordnung im Grundgesetz



1.3 Landesverfassung Baden-Württemberg

Artikel 71 Landesverfassung Baden-Württemberg

... **Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die Träger der öffentlichen Aufgaben**

...

... Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden kann durch Gesetz die Erledigung bestimmter bestehender oder neuer öffentlicher Aufgaben übertragen werden. Gleichzeitig sind **Bestimmungen über die Deckung der Kosten** zu treffen.

Artikel 73 Landesverfassung Baden-Württemberg

(1) Das Land sorgt dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände **ihre Aufgaben erfüllen können**.

(2) Die Gemeinden und Kreise haben das Recht, **eigene Steuern und andere Abgaben nach Maßgabe der Gesetze zu erheben**.

(3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden unter Berücksichtigung der Aufgaben des Landes **an dessen Steuereinnahmen beteiligt**. Näheres regelt ein Gesetz.

1.4 Aufgaben der Kommunen



Abbildung: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

1.5 Etatrecht des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist das Hauptorgan der Gemeinde.

Er legt die Grundsätze der Verwaltung fest und hat insbesondere folgende Rechte:

- das Etatrecht - auch „Königsrecht“ genannt, da die Volksvertretung über den Haushaltsplan bzw. die darin quantitativ, qualitativ und zeitlich zugeteilten Finanzmitteln (Inputsteuerung) bzw. den zugeteilten Budgets und vereinbarten Zielen und Kennzahlen (Outputsteuerung) die Verwaltung steuern und politische Schwerpunkte setzen kann.
- das Satzungsrecht
- die Planungshoheit
- die Personalhoheit

1.6 Allgemeine Haushaltsgrundsätze nach § 77 GemO

Allgemeine Haushaltsgrundsätze

„(1) Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, daß **die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist**. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts grundsätzlich Rechnung zu tragen.

(2) Die Haushaltswirtschaft ist **sparsam und wirtschaftlich** zu führen.

(3) Die Gemeinde hat Bücher zu führen, in denen nach Maßgabe dieses Gesetzes und nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Berücksichtigung der besonderen gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen die Verwaltungsvorfälle und **die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** in der Form der doppelten Buchführung (Kommunale Doppik) **ersichtlich zu machen sind.**“



oberste Handlungsmaxime !

1.7 Spezielle Haushaltsgrundsätze nach § 77 GemO

Spezielle Haushaltsgrundsätze

- Grundsatz der Jährlichkeit
- Grundsatz der Vorherigkeit
- Grundsatz der Haushaltswahrheit- und Klarheit
- Grundsatz der Einzelveranschlagung
- Grundsatz der Vollständigkeit
- Grundsatz der Kassenwirksamkeit / der periodengerechten Zuordnung
- Grundsatz der Bruttoveranschlagung
- Grundsatz der sachlichen Bindung
- Grundsatz der Gesamtdeckung
- Grundsatz des Haushaltsausgleichs
- Grundsatz der Öffentlichkeit

1.8 Aufgaben und deren Finanzierung

Finanzierungsbedarf
(Aufgaben)
(exemplarisch)

Bildung

Kinderbetreuung

Öffentliche Sicherheit u. Ordnung

Sportförderung

Finanzmittel
(exemplarisch)

FAG Mittel

Steuern

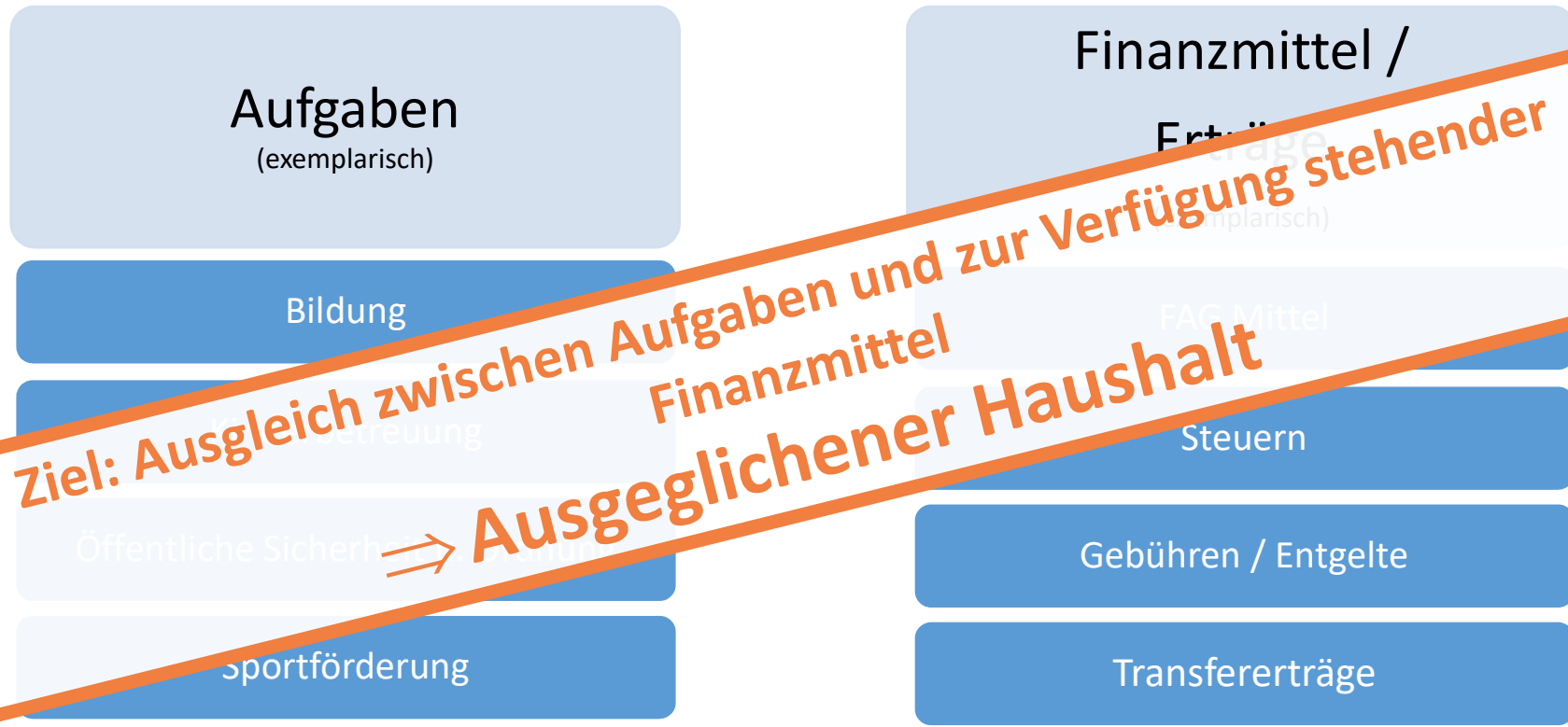
Gebühren / Entgelte

Transfererträge

1.9 Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen § 78 GemO



1.9 Aufgaben und deren Finanzierung

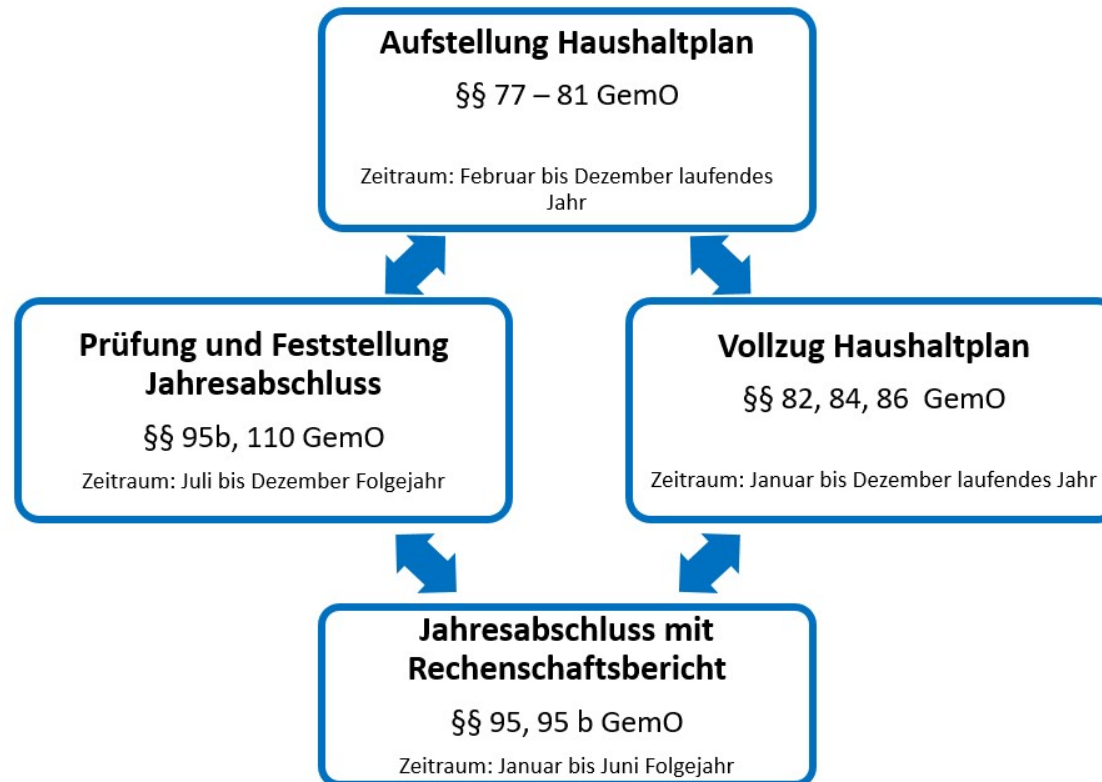


1.10 Funktionen des kommunalen Haushalts

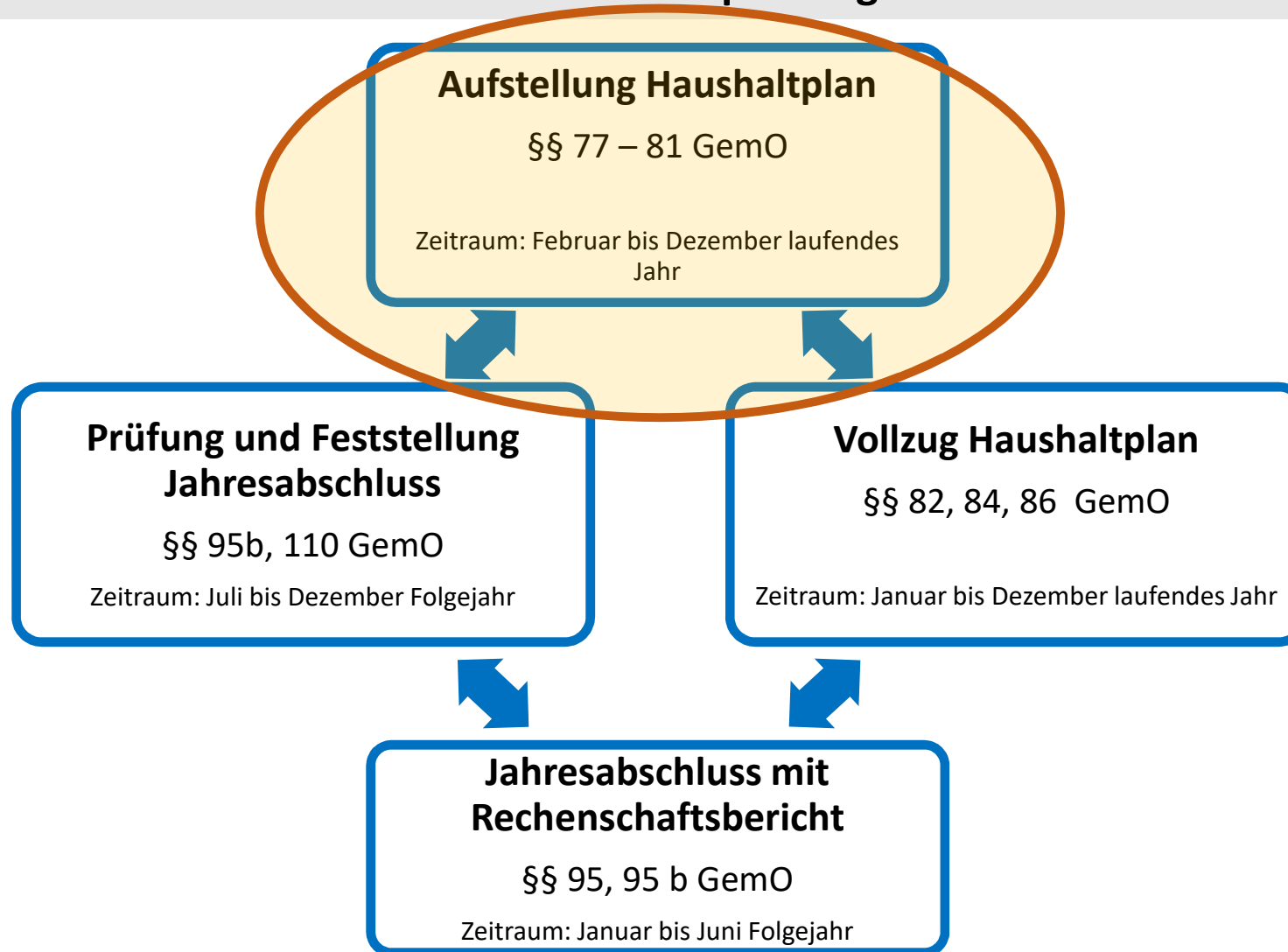
- **Bedarfsdeckungsfunktion**
Darstellung des aus der Aufgabenerfüllung resultierenden Finanzbedarfs und dessen Deckung
- **Kommunalpolitische Funktion**
Manifestation der kommunalpolitischen Willensbildung
- **Rechtsnormierende Funktion**
Als kommunale Satzung rechtsverbindlich
- **Planungsfunktion**
Dient zur Planung der kommunalen Aufgabenerfüllung



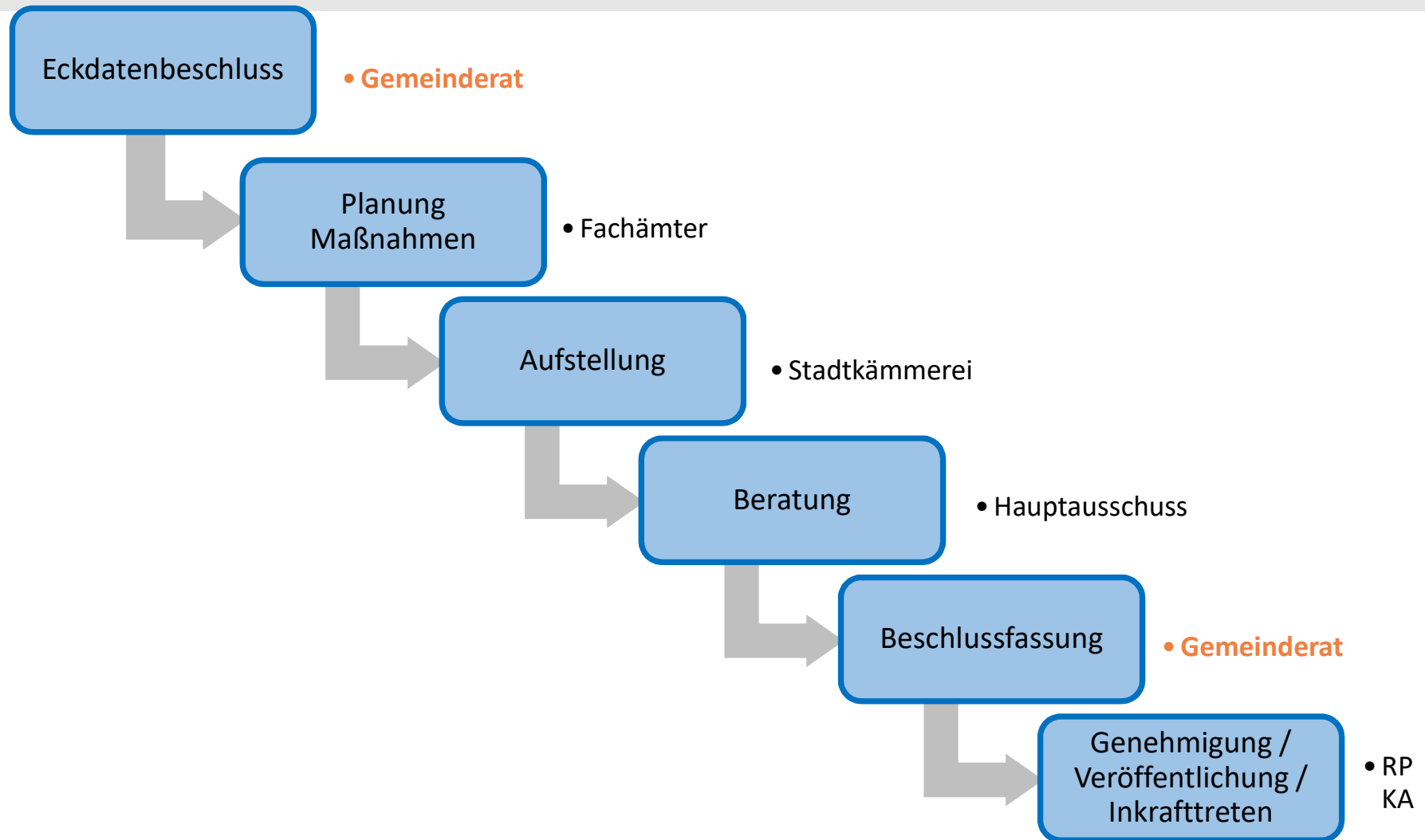
2 Haushaltskreislauf



2.1 Haushaltsplanung



2.1.2 Schematische Darstellung Haushaltsaufstellungsverfahren



2.1.3 Gliederung / Inhalte des Haushaltsplans

- Haushalt der Stadt Pforzheim gliedert sich in 9 Teilhaushalte
- Gliederung nach Produktgruppen / Produkten
=> Organisatorische Änderungen führen zu keinen Veränderungen im Aufbau des Haushalts
- Jeder Teilhaushalt ist unterteilt in Ergebnis- und Finanzhaushalt

Teil-Ergebnishaushalt

Erträge

./. Aufwendungen

= Ergebnis THH (konsumtiv)

Abbildung „gewöhnlicher
Geschäftstätigkeit“ wie z.B.
Steuern, Personal, Sach- und
Dienstleistungen

Teil-Finanzhaushalt

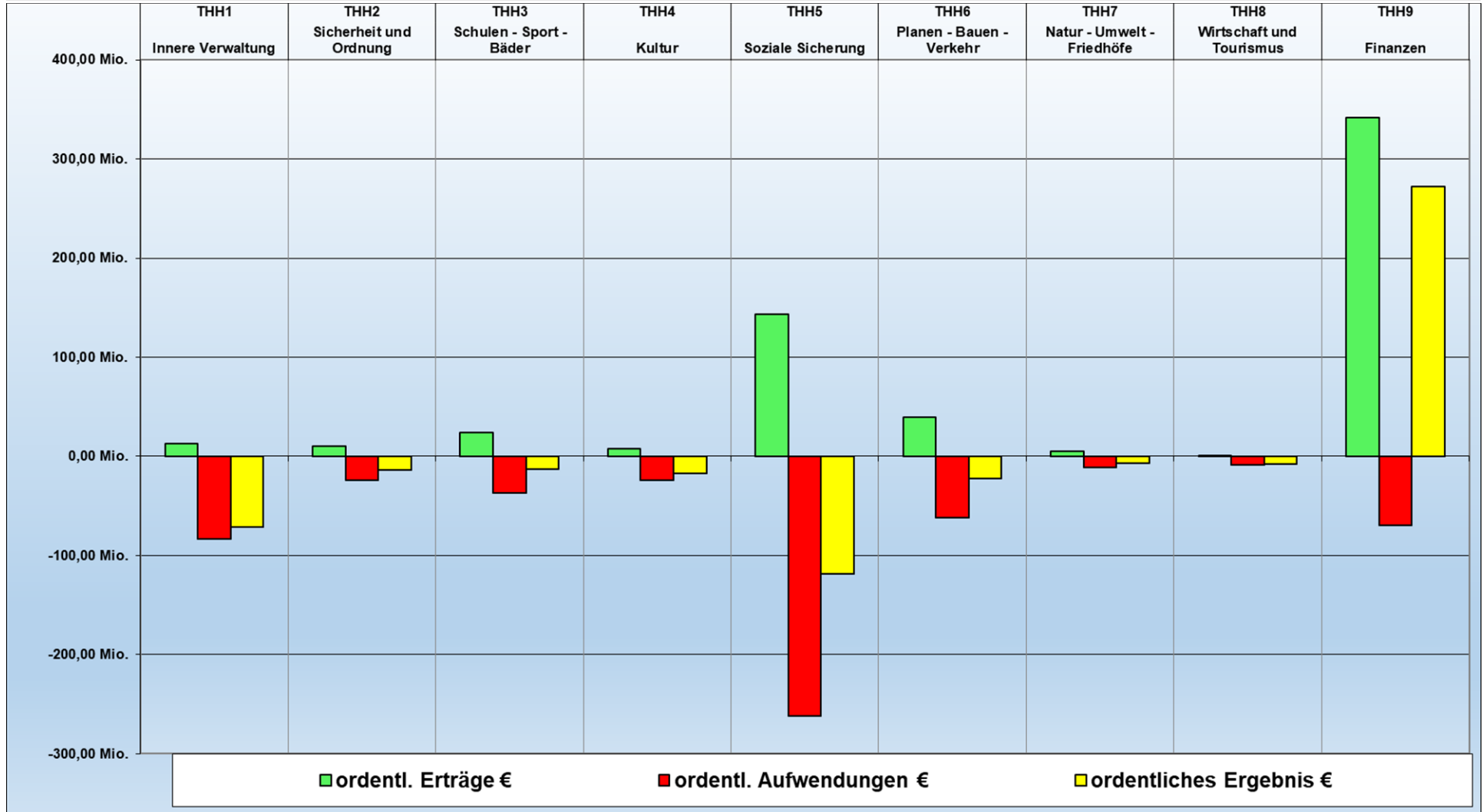
Einzahlungen

./. Auszahlungen

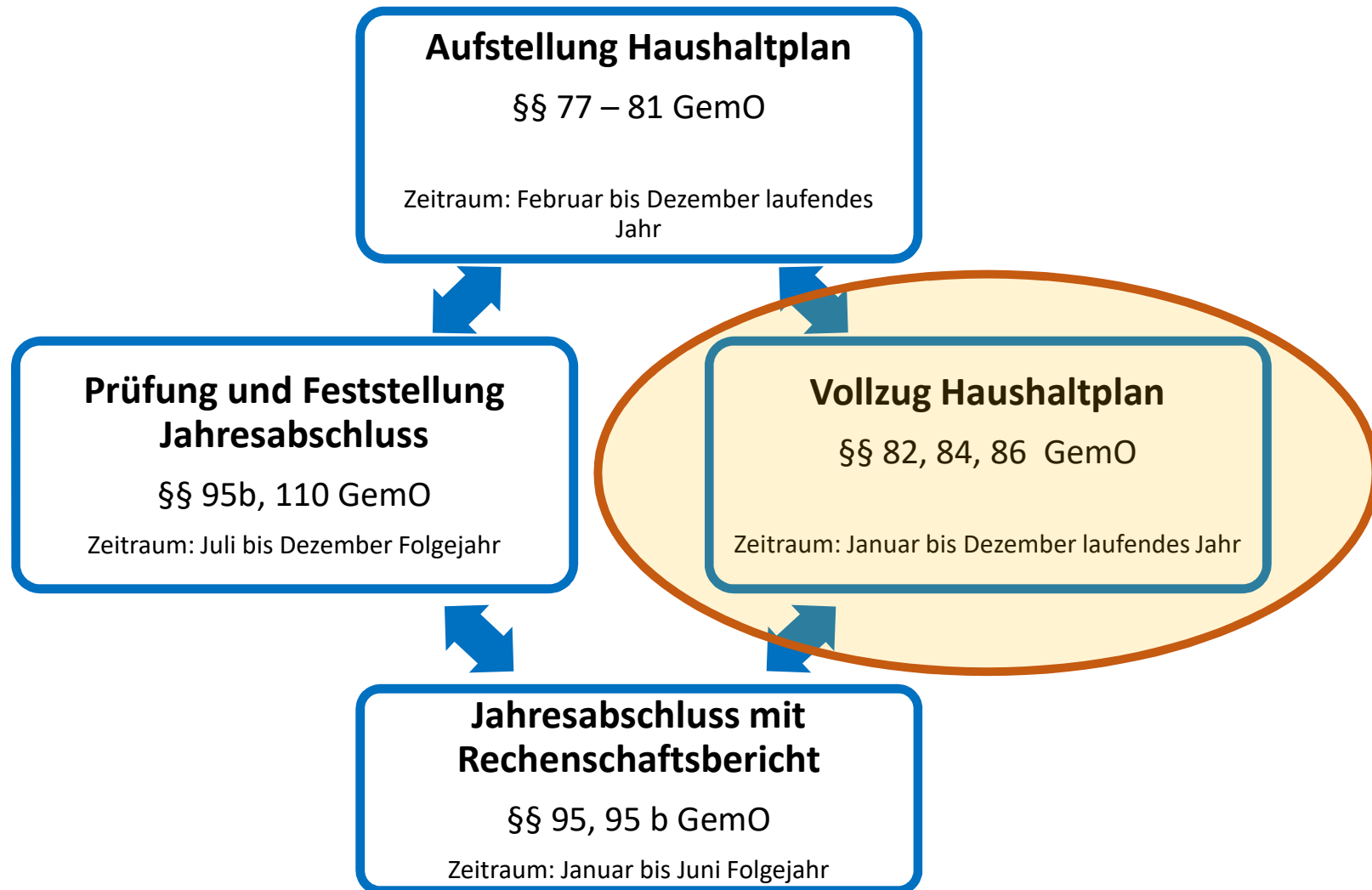
= Ergebnis THH (investiv)

Abbildung aller Investitionen
und deren Finanzierung

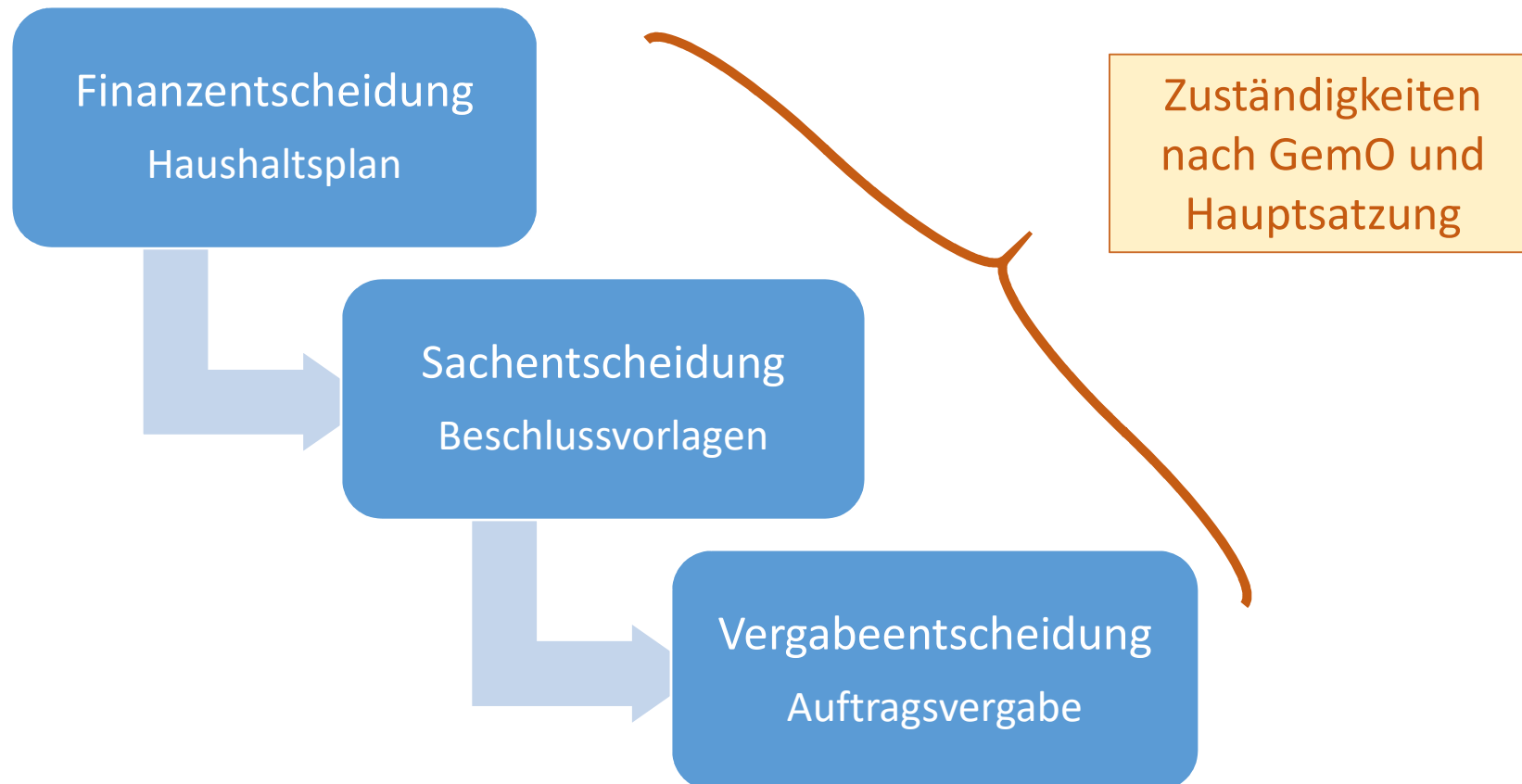
2.1.4 Sicht Teilhaushalte - Plan 2019



2.2 Vollzug / Bewirtschaftung Haushalt



2.2.1 Entscheidungen des Gemeinderates



2.2.2 Einflussfaktoren / Kompensationsmöglichkeiten

